

GRÜNDO

GRÜNE in Dortmund

**DIE FARBE DER
FREIHEIT IST GRÜN!**

WIE GRÜN IST DIE FREIHEIT & WIE FREI SIND DIE GRÜNEN?

Nr.17
D E Z
2014

WWW.GRUENE-DORTMUND.DE

Liebe Freundinnen und Freunde



jetzt wissen wir es ganz genau:

„Unser Grundsatzprogramm von 2002 stellt Selbstbestimmung und Freiheit als einen grünen Grundwert neben

Ökologie, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie.“ (Antrag

des Bundesvorstands für die Bundesdelegiertenkonferenz am 22. November

2014) Und weiter geht es sinngemäß:

Unser FREIHEITSbegriff ist verantwortungsbewusst, emanzipatorisch, partizipativ und solidarisch.

Die große Frage ist, warum wir gerade jetzt einen Antrag diskutieren und abstimmen, der im Grunde nicht mehr ist als ein „Glaubensbekenntnis“ und eine Zusammenstellung GRÜN-programmatischer Punkte durch die Brille FREIHEIT gesehen.

Lassen wir uns hier treiben von politischen Kräften und den entsprechenden Medien, die uns abqualifizieren wollten und wollen, als Partei, die den Menschen besser wissend vorschreiben will, wie sie zu leben haben, ihnen also ihre FREIHEIT nehmen will? Was ist und was so falsch am „Veggie-Day“? Müssen wir uns dafür rechtfertigen, dass wir Probleme benennen und Lösungen dafür angehen, die nicht nur aus unserer Sicht offensichtlich sind? Ist es vielleicht gerade das Angehen dieser Zukunftsprobleme, was uns für andere politische Kräfte gefährlich macht? Und ist dies nicht gerade das, was uns auszeichnet, und wo uns nichts daran hindern sollte, es weiterhin in aller Kompromisslosigkeit zu tun? Und steckt hinter all dem nicht der Ruf nach Menschen, die in der Lage sind, die Herausforderungen einer Zukunft, der wir viele existentielle Grundlagen geraubt haben, bewältigen zu können? Bedeutet FREIHEIT nicht vielmehr, ohne Angst und in Würde

leben zu können – von der Sicherung der allgemeinen Lebensgrundlagen bis hin zur politischen Willensbildung?

Und warum gelingt es uns manches Mal nicht, unsere Überzeugungen positiv zu vermitteln?

Wir werden es weiterhin trotz unserer guten GRÜNEN Konzepte mit vielen Menschen zu tun bekommen, die nicht sehen wollen oder können, dass wir vieles angehen, was dringend ist. Und allen anderen politischen Parteien ist es überhaupt nicht verboten, ebenfalls diese Zukunftsfragen anzugehen und nicht darauf zu warten, bis die Auswirkungen ihrer „Augen-zu-Politik“ kaum noch Handlungsspielräume lassen. Aber müssen wir dafür einen exklusiven GRÜNEN FREIHEITSbegriff definieren (siehe oben)?

Da steht im Antrag für die BDK: „Wir GRÜNE verstehen uns als Anwalt der Bürgerinnen und Bürger.“ Und genau da liegt unser Vermittlungsproblem. Wir müssen von den Bürger*innen als ihr Anwalt in FREIHEIT gewählt werden. Wir müssen darum ringen, dass wir ihre Interessen vertreten dürfen.

Die Frage ist nur, was die großen Hindernisse sind: Ist es die Gier oder der Fanatismus oder die Trägheit oder die Dummheit oder die Ignoranz – oder einfach nur die Tatsache, dass die Menschen so sind, wie sie sind?

Uns allen eine besinnliche Weihnachtszeit!

Hilke Schwingeler

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

VORWORT: Hilke Schwingeler	2
GRÜNE Ratsmitglieder und sachkundige Bürger*innen	4 - 5
HAUSHALT 2015	4
SCHUTZ FÜR FLÜCHTLINGE	5 - 6
EINKOMMEN FÜR JEDE*N – will die GRÜNE Betriebsgruppe	6
NSU-TATORT DORTMUND – Jetzt untersucht der Landtag Daniela Schneckenburger	7
ROT-GRÜN HÄLT AM KOMMUNALFREUNDLICHEN KURS FEST Mario Krüger	8
KRIEG UND FLUCHT IM NAHEN OSTEN gehen uns alle an! Markus Kurth	9
DIE FARBE DER FREIHEIT IST GRÜN!	10 - 11
Wahlergebnisse vor Ort: DAS GROSSE STÜHLERÜCKEN Die neuen Sitze in den Bezirksvertretungen	12 - 16
MIT TEMPERAMENT UND GRÜNEN ZIELEN AN DIE STADTBZIRKS-SPITZE Sieben Fragen an unsere Bezirksbürgermeister*innen	17
BDK IN HAMBURG - Was außer Freiheit sonst noch geschah	18
AUFNAHMEANTRAG	19
KONTAKT , TERMINE & IMPRESSUM	20



HAUSHALT 2015 UNTERSTÜTZUNG FÜR KOMM

Alle Jahre wieder

... stehen wir im Herbst vor der immer gleichen Frage: Wo bekommen wir noch schnell das Geld her, das uns erneut und wieder einmal und diesmal haarscharf vor der Haushaltssperre rettet? Es ist wie Weihnachten, das wie in jedem Jahr wieder völlig überraschend vor der Tür steht. Doch in Dortmund gibt es dieser Tage nichts zu verschenken. Im Gegenteil: Der Kämmerer legt regelmäßig immer länger werdende – und immer konzeptloser wirkende – Streichlisten vor.

Wirklich überraschend ist das alles nicht. Aus diesem Grund stimmten wir dem „25.-Mai-Haushalt“, einem Haushalt mit einer Halbwertzeit bis zur Kommunalwahl, nicht zu. Schon Mitte des Jahres war der anfänglich 8,2 Millionen Euro betragende Abstand zur gefürchteten Haushaltssicherung auf dann nur noch 700.000 Euro zusammengeschrumpft. Dieser hauchdünne Puffer wurde jetzt nochmal fast halbiert: Mit lediglich 400.000 Euro Abstand zur magischen Fünf-Prozent-Grenze heißt es für Dortmund „Alarmstufe Dunkelrot“. (Fünf-Prozent-Grenze? Wenn die Stadt in einem Jahr mehr als fünf Prozent ihres Vermögens verzehrt, fällt sie automatisch in die Haushaltssicherung.)

Konzeptlose Sparlisten des Kämmerers

Sicher: Schwarz-rot hatte im Bund den Kommunen Entlastungen versprochen, die dann doch nicht kamen. Aber die Situation ist mindestens in Teilen auch hausgemacht. Als die Bezirksregierung den Haushalt 2014 genehmigte, kritisierte sie gleichzeitig: Die Stadt hat kein belastbares Personal- und Organisationsentwicklungskonzept – ein Konzept, das wir schon seit 2007 regelmäßig einfordern. Doch die Kritik verhallte mehr oder weniger ungehört. Auch forderten wir, die Zahl der Stadtbezirke und der Ratsmitglieder an den demografischen Wandel anzupassen – doch auch das hat die Verwaltung nicht in Angriff genommen.

Und jetzt liegt er vor, der Haushaltsplanentwurf 2015. Und wieder mit einschneidenden Sparlisten. In diesem Jahr beträgt der geplante Abstand zur Haushaltssicherung nur noch magere 5,4 Millionen Euro – und das auch nur bei einer Erhöhung der Grundsteuer. Die vorliegenden Sparlisten kommen einem Offenbarungseid von Oberbürgermeister und Kämmerer gleich. Hier mal ein Hallenbad schließen, dort mal Jugendeinrichtungen abgeben, oder stadtweit Sportplätze zumachen: Das ist Stückwerk, ein dahinter liegen

des Konzept sucht man vergebens. Am Ende wird das Ergebnis schon wenige Wochen nach Erstellung wieder korrigiert werden. Mit einer Haushaltspolitik mit Weitsicht hat das nichts zu tun.

Verabschiedung erst im nächsten Jahr

Auch die Tatsache, dass der Haushaltsentwurf in diesem Jahr erst Mitte November dem Rat vorgelegt und damit frühestens im Februar 2015 beschlossen wird, zeigt, wie miserabel die Lage ist. Denn bevor der Haushalt vom Regierungspräsidenten genehmigt wird, vergehen weitere Monate, in denen keine neuen Projekte angegangen werden können. Den Kämmerer wird es freuen: Er spart quasi per Nichtstun. In den vergangenen Jahren hatte der OB dazu eine klare Meinung: Wer die Verabschiedung verzögert (und das war in der Regel an uns GRÜNE gerichtet), macht die Stadt handlungsunfähig. Davon ist jetzt nichts zu hören. Das Verfahren zur Aufstellung des Haushalts 2015 zeigt vor allem eines: Der Oberbürgermeister, der Kämmerer, aber auch die Ratsmehrheit aus SPD und CDU, die vier der letzten fünf Haushalte zu verantworten hat – sie alle sind gescheitert.

Sabine Pezely

GRÜNE Ratsmitglieder und sachkundige Bürger*innen (SB) - so haben wir uns gut aufgestellt:

Uwe Tietz (SB)
Umwelt,
Stadtgestaltung,
Wohnen

Britta Gövert (SB)
Kinder, Familie,
Soziales

Wolfgang Gurowietz (SB)
Personal und Organisation,
Sparkasse, Rechtsradikalismus

Barbara Brunsing
Kultur, Sport, Freizeit

Uta Schütte-Haermeyer
Kinder, Jugend, Familie,
Soziales, Wohnen

Ulrich Langhorst
Soziales, Finanzen

Ingrid Reuter
Gestalten, Planen,
Umwelt, Bauen,
Wirtschaft

Svenja Noltemeyer
Bürger*innenbeteiligung,
Kreativwirtschaft

Matthias Dudde
Verkehr, Klima,
Umwelt



SCHUTZ FÜR FLÜCHTLINGE MUNEN VON BUND UND LAND

Wenn es um die Situation von Flüchtlingen geht, gibt es viele politische Sonntagsreden und noch mehr Krokodilstränen. Das ist auch in Dortmund nicht anders. Viele reden von der Hilfe für Flüchtlinge, doch wenn es konkret wird, sieht es oft anders aus. So haben SPD, CDU und FDP gemeinsam einen umfangreichen GRÜNEN Antrag zur Flüchtlingspolitik abgelehnt. Damit drückt sich die Ratsmehrheit vor klaren politischen Aussagen zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen in Dortmund.

Weltweit fliehen zurzeit Millionen Menschen vor Verfolgung, Mord, Terror und Krieg. Alle Städte und Gemeinden in NRW sind mit steigenden Flüchtlingszahlen konfrontiert. In Dortmund gibt es mit der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) des Landes in Hacheneey die maßgebliche Anlaufstelle für Flüchtlinge, die nach NRW kommen. Seit Wochen ist die für maximal 350 Flüchtlinge ausgelegte Einrichtung vollkommen überbelegt. Und auch die Unter-

kunft für kommunal unterzubringende Flüchtlinge in Grevendicksfeld ist mit ihren 250 Plätzen überfüllt. Seit wenigen Tagen gibt es deshalb zusätzlich die Notunterkunft in der Adlerstraße für über 100 Flüchtlinge. Die Hilfsbereitschaft vieler Bürger*innen insbesondere aus der Nachbarschaft der Unterkunft ist enorm und macht Mut. Aber auch diese Plätze reichen nicht. Inzwischen sind auch die Sporthallen im Brüggmann-Block zur Notunterkunft geworden. Hier werden weitere 150 Flüchtlinge erwartet. Dazu kommen in Dortmund 1600 Menschen, die in privaten Wohnungen verteilt über das gesamte Stadtgebiet untergebracht sind.

Die Entwicklungen lassen erwarten, dass auch die Zahl der längerfristig in Dortmund lebenden Flüchtlinge weiter steigen wird.

Ein Bestandteil unseres Ratsantrags war deshalb die Forderung nach einer kommunalen Dortmunder



Martina Stackelbeck
Wirtschaft, Personal und Organisation, Geschlechtergerechtigkeit

Ulla Hawighorst-Rüßler
Wohnen, Kultur, Sport, Freizeit

Monika Landgraf
Bildung, Behindertenpolitik, Integration

Saziye Altundal-Köse
Soziales, Schulentwicklung, Auffangklassen, Inklusion

Gerard Englander (SB)
Wirtschaft, Kommunal Finanzen, Flächenmanagement

Claudia Plieth
Bildung, Inklusion, Übergang Schule-Beruf, „Bunt statt braun“

Dirk Logermann
Planen, Bauen, Gestalten, Wirtschaft

Hans-Georg Schwinn
Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Finanzen

nicht im Bild – oh nein: hier nicht auf dem Bild:

Kathrin Klausmeier
Bürger*innenbeteiligung, Sozialpolitik

Wolfram Frebel
Kultur, Sport, Freizeit, Bauen, Verkehr

Christian Krummacher (SB)
Bürger*innenbeteiligung, Feuerwehr

Flüchtlingskonferenz mit Akteur*innen der Flüchtlingshilfe, Wohnungsbauunternehmen, Wohlfahrtsverbänden sowie der Kirchen. Einerseits sollte damit eine Flüchtlingsstrategie für Dortmund mit allen Beteiligten erarbeitet werden, um Maßnahmen zu optimieren und abzustimmen. Was zum Beispiel fehlt, ist eine koordinierte stadtweite Anlaufstation für Bürger*innen, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe einbringen wollen.

Andererseits wäre eine kommunale Flüchtlingskonferenz ein deutliches Signal in die Stadtgesellschaft, dass Flüchtlinge in Dortmund willkommen sind und Flüchtlingspolitik ein wichtiger Bestandteil städtischer Politik ist.

SPD, CDU und FDP haben das genauso abgelehnt wie unsere Forderung nach der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG). Berechnungen der Stadt Wuppertal haben ergeben, dass eine Abschaffung den städtischen Haushalt um 8,5 Millionen Euro entlasten könnte. Die Rechtsänderung hätte nämlich zur Folge, dass die Stadt nur für die Kosten der Unterkunft aufkommen müsste. Gleichzeitig würden die Rechte der Flüchtlinge gestärkt, der Zugang zu einer ausreichenden medizinischen Versorgung ermöglicht sowie die Integrationsmöglichkeiten verbessert.

Wie es besser gehen kann, hat der NRW-Flüchtlingsgipfel der Landesregierung vorgemacht. Gemeinsam mit Politik, Kirchen und Verbänden sind verschiedene Maßnahmen verabredet worden, die sowohl den Flüchtlingen als auch den Kommunen helfen. Wir hoffen damit auch für Dortmund auf deutliche Verbesserungen.

Nach der Ablehnung unseres Antrags lassen wir allerdings nicht locker. In einem weiteren Schritt haben wir die Verwaltung aufgefordert, die finanziellen Auswirkungen der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes zu berechnen. In ihrer Antwort nennt die Verwaltung zwar keine konkreten Zahlen, trotzdem wird deutlich, dass auch Dortmund damit mindestens 10 Millionen Euro sparen könnte. Vielleicht lassen sich dadurch SPD, CDU und FDP ja überzeugen.

Und aus Sonntagsreden und Krokodilstrahlen werden dann doch noch Taten.

Stefan Neuhaus

ist Fraktionsgeschäftsführer



Als GRÜNE Betriebsgruppe der Stadtverwaltung Dortmund sind wir GewerkschaftsGRÜN angeschlossen. GewerkschaftsGRÜN? 1998 beschloss die Bundesdelegiertenkonferenz in Leipzig die Bildung einer „deutlich erkennbaren Struktur“ BÜDNISGRÜNER und der Partei nahe stehender Gewerkschafter*innen, „die GRÜNE Anliegen in die Gewerkschaft hinein kommuniziert und gewerkschaftliche Anliegen in GRÜNE Entscheidungsprozesse einbezieht“ (mehr dazu: www.gewerkschaftsgruen.de/wer-wir-sind).

Aus unserer Sicht als GewerkschaftsGRÜNE verfügen in unserer Gesellschaft alle Menschen über Einkommen. Das ist auch gut so, denn ohne Einkommen können wir nicht leben und schon gar nicht an der Gesellschaft teilnehmen. Unsere persönlichen Einkommen erhalten wir auf unterschiedlichste Weise: durch Erwerbsarbeit, Lohnersatzleistungen unseres Sozialstaats oder durch Einkommen der Lebenspartner*innen, aus Verwandtschaftsverhältnissen, aus Renten oder aus noch anderen Quellen.

Allerdings ist der Bezug unserer Einkommen bisher durchgängig an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Dadurch entsteht eine persönliche, wirtschaftliche Abhängigkeit, die immer häufiger Leistungsdruck erzeugt und die sich mitunter sogar existenzbedrohend auswirken kann.

Gewerkschaftliche Erfolge gegen Arbeitsdruck und inakzeptable Arbeitsbedingungen sind unbestritten. Gewerkschaften engagieren sich schon lange erfolgreich dafür, dass Beschäftigte in Unternehmen Anerkennung

finden und an Gewinnen teilhaben. Jedoch werden die gesellschaftlichen Voraussetzungen hierfür zunehmend schwieriger – dies muss sich ändern.

Das Bedingungslose Grundeinkommen: erkennt die Würde des Menschen an – stärkt Gewerkschaften

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist – anders als unsere momentanen Einkommen – an keine Voraussetzung geknüpft. Es befreit uns von persönlicher wirtschaftlicher Abhängigkeit und Leistungsdruck. Es sichert unsere Existenz, ermöglicht selbstbestimmtes Leben und garantiert gesellschaftliche Teilnahme.

Wenn alle Menschen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen gesellschaftlich abgesichert wären, hätten Gewerkschaften eine rückfallsichere Verhandlungsposition. Sie könnten für ihre Positionen offensiver eintreten und wären insgesamt deutlich gegenüber Arbeitgeberverbänden gestärkt.

Ein freiheitlicher Wahlspruch der Betriebsgruppe lautet: „Gewerkschaften für alle: das Bedingungslose Grundeinkommen“.

Mehr Infos dazu:

www.grundeinkommen.de/die-idee

Kontakt

Christian Nähle

Sprecher der GRÜNEN Betriebsgruppe der Stadt Dortmund
Mobil 0176 - 567 476 29

betriebsgruppestadtdo@gruene-dortmund.de

NSU-TATORT DORTMUND JETZT UNTERSUCHT DER LANDTAG

Am 4. April 2006 wurde Mehmet Kubasik in seinem Kiosk in der Dortmunder Nordstadt ermordet. Die polizeilichen Untersuchungen liefen schleppend, ein rechtsextremistischer Hintergrund wurde schnell ausgeschlossen. Stattdessen wurde im Umfeld der Familie ermittelt, sogar eine Beziehung zur Mafia gemutmaßt. Erst fast sechs Jahre später, nach der Aufdeckung einer rechtsextremistischen Terrorzelle, des „Nationalsozialistischen Untergrund“ NSU, Ende 2011 wurde bekannt, dass es sich bei Mehmet Kubasik um den achten Fall einer bis dato ungeklärten Mordserie an Kleinunternehmern mit Migrationshintergrund handelte.

Dem NSU werden zwischen den Jahren 2000 und 2007 zehn Morde zur Last gelegt. Gleichzeitig wurde ein ungeheures Versagen der Ermittlungsbehörden bei der Aufklärung der Straftaten deutlich. NRW war mit den Anschlägen in Köln und Dortmund und weiteren noch ungeklärten Straftaten ein Zentrum des NSU-Terrors. Grund genug für den Landtag NRW im November 2014 einen von allen Fraktionen gestützten parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzurichten, der das behördliche Handeln in unserem Land genau unter die Lupe nehmen soll.

Der Ausschuss soll Fehler der Ermittlungsverfahren aufklären

Die Aufgabe des Ausschusses ist es, ein mögliches Fehlverhalten nordrhein-westfälischer Sicherheits- und Justizbehörden einschließlich der zuständigen Ministerien, der Staatskanzlei und anderer Verantwortlicher zu untersuchen. Er ersetzt aber nicht die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen das „NSU-Trio“ Uwe Mundlos, Uwe Bönhard und Beate Zschäpe, sowie gegen mögliche Unterstützer*innen. Untersuchungsausschüsse mit ähnlichen Zielen wurden bereits im Bundestag, sowie in den Landtagen von Thüringen, Sachsen und Bayern eingerichtet.

Für die GRÜNEN werden dem Ausschuss die innenpolitische Sprecherin Verena Schäffer sowie die flüchtlingspolitische Sprecherin Monika Düker angehören. Der Auftrag ist sehr umfangreich; er soll die Aktivitäten des NSU und eventueller Unterstützer*innen in der rechtsradikalen Szene in Nordrhein-Westfalen beleuchten, die Verfahren zu den zwei Attentaten in Köln und dem Mordanschlag in Dortmund untersuchen und weiteren, in Nordrhein-Westfalen begangenen Straftaten mit einem mutmaßlich politisch rechts motivierten Hintergrund (z.B. der dreifache Polizistenmord 2000 in Dortmund und Waltrop) nachgehen. Vor allem aber soll er Schlussfolgerungen für die Sicherheits- und Justizbehörden des Landes sowie zur Prävention des Rechtsextremismus erarbeiten.

Fragen zum Mord an Mehmet Kubasik

Der Ausschuss wird sich auf der Grundlage von derzeit 18 Einzelfragen mit dem Mord an Mehmet Kubasik befassen. Eine undurchsichtige Rolle spielte z. B. eine Vertrauensperson der Dortmunder Polizei (Deckname „Heidi“). Unmittelbar nach der Aufdeckung des NSU im November 2011 erklärte „Heidi“, dass er die Polizei bereits im Jahr 2006 darüber informiert habe, Mundlos und eine Frau am 1. April 2006 am Dortmunder Hauptbahnhof abgeholt zu haben. Laut „Heidi“ habe sich die Polizei damals jedoch nicht für diese Informationen interessiert. Der Ausschuss soll klären, wie es dazu kommen konnte.

Unklar ist bis heute auch die Zusammenarbeit des NSU mit den in Dortmund bekannten Neonazis. So gab es die bewaffnete „Combat-18-Zelle“, die das Konzept eines „führerlosen Widerstandes“ verfolgt, mit dem eine fremdenfeindliche Stimmung durch kleine Untergrundzellen nationalistischer Aktivisten geschürt werden sollte. Auch die Rolle der militant auftretenden Neonaziband Oidoxie, die beispielsweise Waffen aus Belgien besorgt und Schieß-

übungen veranstaltet sowie Pläne für Anschläge gemacht hat, muss genauer untersucht werden. Der Untersuchungsausschuss soll ermitteln, ob den Behörden eine Verbindung dieser Gruppen zum NSU vor dessen Aufdeckung bekannt war. In der Presse war bereits von „Dortmunder Knoten im Netz der NSU“ die Rede.

In allen 10 Mordfällen, die dem NSU heute klar zugeordnet werden, wurde dieselbe Tatwaffe benutzt: Eine Pistole des Typs Česká CZ 83, Kaliber 7,65 mm Browning. Der Ausschuss wird zu ermitteln haben, warum dieser Zusammenhang über Jahre unentdeckt blieb. Eine Zeugin hat am Tatort in Dortmund Radfahrer gesehen. Auch bei anderen Taten der Terrorgruppe wurden Radfahrer gesehen und beim Anschlag in der Kölner Keupstraße sogar auf Video aufgezeichnet. Es wird nun auch hierbei zu klären sein, ob eine Verbindung zwischen den Ermittlungen in Köln, Nürnberg und Dortmund hergestellt wurde. Nicht zuletzt wird zu klären sein, warum ein möglicher rechtsradikaler Hintergrund trotz vieler Indizien so schnell ausgeschlossen wurde.

Aus den Fehlern lernen

Bei der Aufklärung der NSU Attentate wurden skandalöse Fehler gemacht, das hat bereits der NSU-Ausschuss des Bundestages bestätigt. Der NRW-Ausschuss wird mögliche Fehler der NRW-Behörden ermitteln. Daneben ist es aber das wichtigste Ziel des Ausschusses, in Zukunft die Ermittlungsarbeit zu verbessern und die Sensibilität für rechtsextremistische Straftaten bei den Ermittlungsbehörden, aber auch bei der Bevölkerung zu erhöhen. Wir sind es den Opfern und den Hinterbliebenen schuldig.

Daniela Schneckenburger

ist Mitglied des Landtags

Halbzeitbilanz der NRW-Landesregierung:

Rot-GRÜN hält am kommunalfreundlichen Kurs fest

In diesen Wochen beschäftigen sich unsere Ratsfrauen und Ratsherren intensiv mit einer 1235 Seiten starken Vorlage: dem Haushaltsentwurf 2015. Defizit diesmal: rund 78,4 Millionen Euro.

Ein Blick in den Haushalt macht deutlich, wie stark Dortmund von Landesmitteln abhängt. Rund 25 Prozent der Hauhaufteinnahmen stammen aus Mitteln des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Dortmund ist NRW-weit der größte Nutznießer: Allein für 2015 sind 541 Millionen Euro eingeplant!

Die Zukunftsaussichten der strukturschwachen Städte wie Dortmund verschlechtern sich aber trotzdem immer mehr – schwierige Sozialstruktur, hohe Sozialausgaben, niedrige Einnahmen und abnehmende Standortattraktivität – während in den finanzstärkeren Ländern und Kommunen Einnahmezunächse und niedrige Sozialkosten dazu führten, dass dort nahezu der doppelte Betrag je Einwohner für Investitionen zur Verfügung steht und keine Kassenkreditaufnahmen nötig sind.

Ohne Zweifel war die Episode der schwarz-gelben Landesregierung 2005 bis 2010 ein Raubzug durch die kommunalen Kassen. Mehrere Milliarden Euro wurden den Kommunen durch diverse Maßnahmen vorenthalten oder auf diese abgewälzt.

Genau deshalb hat Rot-GRÜN nach der Regierungsübernahme 2010 der Sanierung der Kommunalfinanzien höchste Priorität eingeräumt. Ziel ist die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden im Land. Trotz angespannter Haushaltslage hat das Land diesen Weg konsequent beschritten und den Kommunen deutlich mehr Geld als unter Schwarz-Gelb zur Verfügung gestellt. Die Landesregierung hat 2010 den „Aktionsplan Stadtfinanzen“ mit den Bausteinen

Finanzausgleich, Stärkungspakt und die Einforderung einer deutlich höheren Bundesbeteiligung auf den Weg gebracht.

Als Erstes wurden die früheren schwarz-gelben Befrachtungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz herausgenommen und die Grunderwerbssteuer wieder einbezogen. Rund 1,8 Milliarden Euro wurden dadurch von 2010 bis 2015 zusätzlich bereitgestellt. Allein Dortmund profitierte hiervon mit 116,5 Millionen Euro. Über den Bundesrat hat Rot-GRÜN im Zuge des Hartz-IV-Kompromisses dafür gesorgt, dass der Bund die (bisher von den Kommunen getragenen) Kosten zur „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ finanziert. Kostenentlastung für Dortmund 2015 bis 2018: 348 Millionen Euro, allein in 2015 sind dies 77,3 Millionen Euro. Trotz der angespannten Haushaltslage des Landes profitierten die Kommunen unter anderem bei:

- Landesmaßnahmen wie dem 5,7 Milliarden Euro umfassenden Stärkungspakt Stadtfinanzen,
- den U3-Ausbau-Zuwendungen, bei höheren Zuweisungen als Ergebnis des Flüchtlingsgipfels,
- der vom Land übernommenen Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit
- der Korrektur des schwarz-gelben Einheitslastenabrechnungsgesetzes.

Bund muss Versprechungen an die Kommunen schnell einlösen!

Die vom Bund angekündigte Entlastung in Höhe von 5 Milliarden durch anteilige Kostenübernahme für die Eingliederung von Behinderten (für Dortmund immerhin 37,5 Millionen Euro) wird frühestens 2018 kommen – so das Ergebnis der Verhandlungen von SPD und CDU. Das wäre ein ungedeckter Scheck, den eine Nachfolgeregierung im Haushalt 2018 einlösen

könnte, aber nicht müsste! Die für das kommende Jahr angekündigte sogenannte „Übergangsmilliarde“ (Verteilung über die Kriterien Kosten der Unterkunft und Umsatzsteuer) durch das Kommunalentlastungsgesetz ist daher bei weitem nicht zufriedenstellend. In NRW reichen die Mittel dann gerade mal zum Auffangen der jährlichen Kostensteigerung bei der Eingliederungshilfe.

Für die Kommunen in NRW stellen die hohen Schulden – vor allem das große Kassenkreditaufkommen – ein großes Problem dar. Zur Lösung der Altschuldenproblematik muss ein kommunaler Entschuldungsfonds aus Bundesmitteln kommen. Auch offen die Frage: Wie geht es mit dem Soli-Ost weiter? Soli-Mittelverteilung nach Himmelsrichtungen oder nach Bedürftigkeit? Die anstehenden Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen tangieren die Interessen der Kommunen sehr konkret. Bei Aufrechterhaltung des Solidaritätszuschlags muss Dortmund davon angemessen profitieren.

Mario Krüger

ist Mitglied des Landtags NRW

KRIEG UND FLUCHT IM NAHEN OSTEN GEHEN UNS ALLE AN!

Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Monaten hat die internationale Politik auch im Deutschen Bundestag die innenpolitischen Auseinandersetzungen überlagert. Vor allen anderen Ereignissen hat der brutale Feldzug der quasi-staatlichen Organisation „Islamischer Staat in Syrien und Irak“ – kurz ISIS oder IS – keine Abgeordnete und keinen Abgeordneten unberührt gelassen.

Die ISIS mit ihrer menschenverachtenden Ideologie und einer noch grausameren Praxis ist keine Gruppe von bärtigen Selbstmordattentätern, die Fahnen schwingend mit Kalaschnikows in den Krieg zieht, sondern eine hoch professionelle Streitmacht. Sie benennt Minister, zieht Steuern ein und zahlt Gehälter (während die Kurden in ihrem Autonomiegebiet teils keine Gehälter mehr zahlen können). Darüber hinaus breitet sich die ISIS wie ein Virus aus. Geschickt schmiedet sie Bündnisse mit sunnitischen Bevölkerungsgruppen, die von der ehemaligen Regierung al-Maliki diskriminiert worden sind. Mit professionellem Marketing in den sozialen Medien erreicht sie hohen Zulauf bei perspektivlosen Jugendlichen der arabischen Region, aber auch weltweit. Über die Erpressung von Schutzgeldern und die Ausbeutung von Ölvorkommen verfügt die ISIS über eine gewisse ökonomische Basis, die mutmaßlich auch von Drittstaaten zumindest indirekt gestützt wird. Es ist inzwischen deutlich: Dieser Krieg ist nicht nur ein irakischer und auch kein syrischer Krieg, obwohl die ISIS inzwischen zwei Drittel des syrischen Territoriums kontrolliert. Wir haben es hier mit einer internationalen terroristischen Bedrohung zu tun, die bereits über stabile Herrschaftsstrukturen verfügt. Daher kann es auch keinen schnellen militärischen Sieg geben.

Die militärische Bekämpfung von ISIS muss in eine politische Strategie eingebettet sein. Die Ursache für den schnellen Vormarsch von ISIS im Irak liegt nicht zuletzt in der

innenpolitischen Lage des Landes. Ein Versöhnungsprozess ist deshalb eine der zentralen Aufgaben der neuen Regierung unter Haidar al-Abadi. Auch der Bürgerkrieg in Syrien wird sich nur durch eine politische Vereinbarung lösen lassen.

Kurzfristig bedarf es aber auch militärischer Maßnahmen, um das Vorrücken von ISIS zu stoppen und drohenden Völkermord zu verhindern. Wir haben die Luftangriffe der USA und anderer Verbündeter deshalb begrüßt. Wie in allen anderen Fraktionen wurde und wird auch bei uns über die Frage von deutschen Waffenlieferungen kontrovers diskutiert. Wir haben uns mehrheitlich gegen die Lieferung von Waffen an die kurdischen Peschmerga im Nord-Irak ausgesprochen – denn sie könnten in anderen Händen landen und/oder für andere Ziele missbraucht werden. Die Bundesregierung muss sich vielmehr zügig bei den Vereinten Nationen für ein geschlossenes Vorgehen gegen ISIS einsetzen und im Rahmen des Völkerrechts ihre Unterstützung anbieten. Dabei ist es notwendig, eine Strategie zur Lösung dieses Konfliktes zu entwerfen, die auf eine regionalspezifische Lösung baut. Das heißt konkret, dass Regime an einer politischen Vereinbarung beteiligt sein müssen, die zu den unsympathischsten Akteuren im Nahen und Mittleren Osten zählen – vor allem Saudi-Arabien und der Iran.

Dies alles ist für mich als Mitglied der Menschenrechtspartei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht leicht zu ertragen.

Angesichts der extremen Brutalität, der Todessehnsucht und der ungeheuerlichen Primitivität der pseudoreligiösen Ideologie der ISIS wünscht man sich natürlich ein schnelles Ende dieser Truppe. Es bedarf immer wieder der Selbstreflektion und der kühlen Rücknahme der eigenen Emotionen. Dies gilt auch für die kurzfristig aufgekochte Diskussion um eine Beteiligung der Bundeswehr an einem UN-mandatierten Militäreinsatz, die

angeblich unsere Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt gefordert haben soll. Zuerst steht – wie beschrieben – unsere Forderung nach einem UN-Mandat unter Beteiligung der regionalen Mächte. Letztere müssten unabdingbar auch die zentrale militärische Rolle spielen. Dies allein schon deshalb, damit nicht die ISIS den Krieg in einen Gotteskrieg gegen „den Westen“ umdeuten und daraus Unterstützung schöpfen kann. Diese Voraussetzungen sind momentan in weiter Ferne. Dann erst stellt sich die Frage, ob im Falle eines auch von Deutschland geforderten und mitgetragenen UN-Mandats dieses nicht auch praktisch unterstützt werden muss. Diese Frage hat Katrin Göring-Eckardt für sich bejaht.

Viel wichtiger als ein Militäreinsatz vor Ort aber ist die Humanitäre Hilfe für alle betroffenen Menschen. Hier leistet die Bundesregierung nach wie vor einen viel zu geringen Beitrag. Es müssen mehr und nicht weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden. Unterstützung bei der Aufnahme, Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen schützt auch gegen die weitergehende Destabilisierung der Nachbarstaaten, vor allem von Jordanien und Libanon. Denn beide haben in einem Ausmaß Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen, die die sozialen Beziehungen sowie die Infrastruktur in diesen Staaten schwersten Belastungen aussetzt. Europa muss dringend eine viel größere Zahl von Flüchtlingen aufnehmen, um den Libanon, Jordanien, die Türkei und den Nord-Irak zu entlasten. Die Kriege in Syrien und Irak wirken also über die Flüchtlinge bis hin nach Dortmund. Selten erkennen wir so deutlich und schonungslos hart, wie wir mit den Konflikten dieser Welt verbunden sind.

Es grüßt besorgt,



Markus Kurth

Markus Kurth ist Mitglied des Bundestags

DIE FARBE DER FREIHEIT IST GRÜN!

„Freiheit“ ist in diesem Jahr das zentrale Thema einer leidenschaftlich geführten Debatte. Zahlreiche Beiträge GRÜNER Politiker*innen erschienen in der Presse. Zum Freiheitskongress der Bundestagsfraktion am 19. September in Berlin ließen sich 500 Gäste einladen, um Ansätze, Ideen und Positionen zu diskutieren. Im November debattierte die GRÜNE Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Hamburg über die „Grüne Freiheit“. Es ist Zeit einen Debattenüberblick zu geben.

„Warum die Grünen die Partei der Freiheit sind“, fragte **Anton Hofreiter**, neu gewählter Vorsitzender der Bundestagsfraktion, in der Wochenzeitung „Die Zeit“ im Oktober 2013. GRÜNE stehen dafür, die Freiheit des einen mit der Freiheit des anderen zusammenzubringen, um für jede und jeden die größten Entfaltungschancen zu ermöglichen. Für die BDK in Berlin setzte Hofreiter damit ein Zeichen, wie mit den Angriffen aus dem Wahlkampf, die GRÜNEN seien eine Verbotspartei, umgegangen werden kann. Die Menschen beschneiden heute durch ihre Lebens- und Produktionsweise die Freiheit anderer Menschen, wenn diese unter katastrophalen Arbeitsbedingungen und Umweltschäden leiden. **Der GRÜNE Freiheitsbegriff setzt sich ab gegen einen einseitigen Freiheitsbegriff, der sich vor allem gegen den Staat und seine Institutionen wendet** und nach dem beispielsweise ein Tempo-

limit als ein Anschlag auf die Freiheit der Bürger*innen gilt. Die BDK 2013 bestätigte diesen Ansatz und ging einen Schritt weiter: „Wir wollen zeigen, dass der Deutsche Bundestag mit der FDP nur eine neoliberale Partei verloren hat, nicht aber eine Kraft für einen verantwortungsvollen Liberalismus. Selbstbestimmung und Liberalität sind bei uns Grünen zu Hause.“

„Liegt die Zukunft der Grünen in einem neuen Liberalismus?“, lautete dann auch die Frage, der **Reinhard Loske**, früherer GRÜNER Senator der Freien Hansestadt Bremen und heute Professor an der Universität Witten/Herdecke in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Januar nach ging. Am Beispiel der Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zeigt er auf, wie nah liberale und GRÜNE Ansätze beieinander liegen. So beobachtet er beispielsweise, **dass viele Liberale und GRÜNE die Vorstellung vom „tätigen Menschen“ teilen, der aus der Suche nach Selbsterfüllung, Gemeinschaft und Anerkennung heraus handelt.** Mit dem Instrument des bedingungslosen Grundeinkommens, das jedem einen Anteil an der von der Gemeinschaft erwirtschafteten Wertschöpfung garantiert, vergrößert sich die Freiheit, die Tätigkeiten von

der Erwerbsarbeit über die Aufgaben in der Familie bis hin zum gesellschaftlichen Engagement auszubalancieren. Damit füllt Loske „Freiheit in Verantwortung“ mit einem weit über neoliberale Ansätze hinaus weisenden Inhalt.

Franziska Brantner, GRÜNE Bundestagsabgeordnete, und **Robert Habeck**, GRÜNER Landesminister in Schleswig-Holstein, griffen im Mai im Magazin für politische Kultur „Cicero“ mit ihrem Artikel „Weg vom grünen Verbotskleinlein“ die gegensätzlichen Aspekte der Freiheit auf. **Einerseits soll jede und jeder so sein, leben und lieben, wie sie oder er es will. Andererseits sollen jede Menge Regeln nicht nur wildes Wirtschaften regulieren, sondern auch in das Privatleben eingreifen.** Sie plädieren dafür, Freiheit neu zu denken, und werden bei dem 1960 verstorbenen Schriftsteller Albert Camus fündig. Er beeindruckt sie noch heute durch einen tief gegründeten Humanismus, der auf **Lebensbejahung und Bevormundungsverneinung** basiert. In ihrer Dynamik, das Leben von Verboten und Zwängen zu befreien, schlagen sie auch vor, das Übernachten im Naturschutzgebiet zu erlauben - sofern nichts direkt zerstört wird. Dass der Mensch dort aufgrund seiner Anwesenheit stört und damit indirekt Schäden auslöst, überdenken sie nicht.

Als letztlich klärend stellten sich die Passagen heraus, die im Aufruf „Grüner Neuaufbruch“ von **Robert Zion**, Mitglied des GRÜNEN Landesvorstands Nordrhein-Westfalen, für Irritationen sorgten. Schon das einleitende Zitat von Friedrich Naumann (1860-1919) konnten viele nicht nachvollziehen, da Naumanns staats- und nationalsozialistische Positionen in der Zeit des Kaiserreiches zurecht kritisiert werden, und die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung entsprechend aufgefordert wurde, ihre Benennung zu überdenken. Nur theoretischen Wert hatte die Aufforderung, dass sich die GRÜNEN in die pazifistischen,

sozialen, feministischen und demokratischen Traditionen der Weimarer Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Freiburger Thesen der FDP 1971 stellen sollen. Praktisch ist festzuhalten, dass sich diese Ansätze weder in der DDP noch in der FDP dauerhaft durchsetzen und das Erbe der beiden Parteien somit einen ganz anderen Charakter hat. Dies machte Zion nur elf Tage später für die FDP deutlich: „Das Erbe eines politischen Trümmerhaufens, der die älteste demokratische politische Strömung Deutschlands – den Liberalismus – derart hat verkommen lassen, sollte niemand antreten wollen.“

Parallel dazu veröffentlichten die Bundestagsabgeordnete **Irene Mihalic und andere** das Papier „Die Farbe der Freiheit ist Grün“. Darin zeigen sie, wie sie **den Freiheitsbegriff konzeptionell und programmatisch an den Leitlinien Selbstbestimmung, Emanzipation, Inklusion, Vielfalt, Toleranz und Pluralität umsetzen**. Der **Freiheitskongress der Bundestagsfraktion** bot die Gelegenheit, dies ausführlicher aufzugreifen und einen GRÜNEN, verantwortungsvollen Liberalismus **und das Verhältnis von Selbstbestimmung und Liberalität in den einzelnen Politikfeldern zu diskutieren**. Die zwölf thematischen Foren hatten Titel wie „Freiheit im digitalen Zeitalter“, „Vom Tahir-Platz zum Maidan – Freiheit, Selbstbestimmung, internationale Solidarität“, „Politik und individuelle Lebensformen“, „Die Burn-Out-Gesellschaft. Freiheit vom Optimierungszwang“ und „Forschung und Freiheit: Wege in eine Wissensgesellschaft“. Oder sie hatten

Leitfragen wie „Marktwirtschaft statt Machtwirtschaft – oder: Wie fair und frei ist unsere Wettbewerbsordnung wirklich?“, „Wahlfreiheit oder familienpolitisches Leitbild“ und „Globalisierte Märkte als Bedrohung oder Erweiterung der Freiheit?“ Die vielfältigen Ergebnisse und Erkenntnisse aus den diskussionsfreudigen Foren will die Fraktion in ihrer zukünftigen Arbeit weiterentwickeln.

In dem Forum „Wie vertragen sich Öko und Freiheit?“ herrschte bei der Mehrheit der Diskutanten darunter **Reinhard Loske** und **Peter Unfried**, Chefredakteur bei der tageszeitung, Konsens, dass die Dimensionen der ökologischen Herausforderung gewaltig sind, Antworten und Lösungen gefunden werden müssen und mit Freiwilligkeit alleine die Aufgaben nicht bewältigt werden können. **Wie bringt man nun die Menschen dazu, ihr Verhalten zu ändern, ohne sie gleichzeitig zu bevormunden?** Die Vorschläge – mehr Informationen für die Menschen, stärkeres Präsentieren der Vorteile von Alternativen und deren staatliche Förderung – konnten die Frage nicht befriedigend beantworten. Die paradoxe Lage der Menschen, dass sie im Grunde gegen etwas sind, das sie jedoch in der gemeinsamen Praxis hervorgebracht haben, lässt sich damit nicht lösen. **Vielpersprechender erscheint die Steuerung über den einen klaren Ordnungsrahmen**, zum Beispiel über den Preis. Wenn die Preise alle ökologischen Kosten beinhalten würden, dann würden die Menschen, manche unterstützt mit sozialen Maßnahmen, die Freiheit der Entscheidung weiterhin besitzen. Dann wäre umweltschädliches Verhalten schlicht teurer. In dem Workshop konnte man spüren, was die GRÜNE politische Philosophie ist: GRÜNE denken den zerstörerischen Umgang mit dem Ökosystem der Erde zusammen mit der Bedrohung der Menschenrechte.

Insgesamt bot der Freiheitskongress Raum für viele Gespräche zu den ein-

zelnen Themen vor allem auch mit den eingeladenen Fachleuten. Er war damit wichtiger Schritt hin zur **diesjährigen BDK in Hamburg**. Hier stand der **Antrag des Bundesvorstands „Freiheit Grün Gestalten – emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch“** im Zentrum der Debatte. Dabei zeigten sich sehr schön die Vielfalt und das Engagement, mit der die GRÜNEN dieses Thema behandeln.

Bei der BDK im November 2014 haben wir diesen Antrag des Bundesvorstands beschlossen und damit die Positionen aus dem Grundsatzprogramm bekräftigt. Freiheit, Emanzipation und Selbstbestimmung gehören für uns BÜNDNISGRÜNE untrennbar zusammen. Wir wollen eine Gesellschaft, die von den Bürgerinnen und Bürgern aktiv mitgestaltet wird, in der alle Menschen ihr Leben selbst gestalten, ihre Kreativität ausleben und ihre Potentiale nutzen können – frei von Bevormundung. Gesetzlichen Bestimmungen und gesellschaftlichen Normen, die Menschen diskriminieren, stellen wir uns entgegen. So haben wir GRÜNE unseren Freiheitsbegriff an unseren anderen Grundwerten geschärft: **Freiheit betont das Verantwortungsbewusstsein im Verhältnis von Freiheit und Ökologie, die Solidarität im Verhältnis von Freiheit und Gerechtigkeit und die Partizipation im Verhältnis von Freiheit und Demokratie**.

Ein besonderes inhaltliches Zeichen für die Freiheit setzte die BDK mit dem Beschluss „Digitale Selbstbestimmung gewährleisten – Grenzenlose Überwachung stoppen!“ im Bereich der Netzpolitik.

Insgesamt machte die BDK deutlich, dass GRÜNE weder konservativ, noch sozialdemokratisch, noch nur liberal sind. Gerade das Zusammenspiel der Grundwerte Ökologie, Gerechtigkeit und Demokratie macht GRÜNE unterscheidbar und eigenständig. Die Farbe der Freiheit ist daher:

GRÜN.

Matthias Dudde nahm an der BDK teil.

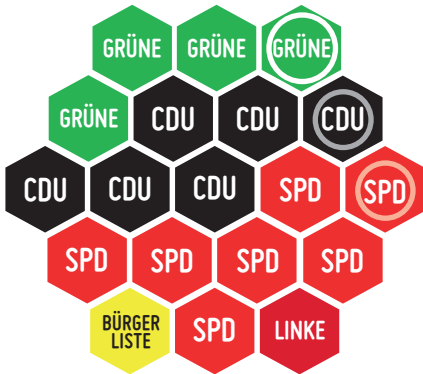
Angegebene Texte und weitere Beiträge unter: www.gruene.de und den Stichworten Debatte und Freiheit.

WAHLERGEBNISSE VOR ORT:

DAS GROSSE STÜHLERÜCKEN

DIE NEUEN SITZE IN DEN BEZIRKSVERTRETUNGEN

APLERBECK



Barbara Blotenberg ist GRÜNE Bezirksbürgermeisterin!

Bei der Wahl zur Bezirksvertretung im Stadtbezirk Aplerbeck erreichten wir GRÜNE 18,4 Prozent, was fast exakt unserem Stimmenanteil bei der letzten „regulären“ Bezirksvertretungswahl im Jahr 2009 entspricht. Da wir unsere vier Mandate knapp verteidigen konnten und wir zudem Mehrheitsoptionen mit SPD und CDU haben, ist dies ein sehr gutes GRÜNES Wahlergebnis.

Die sich anschließenden Verhandlungen waren sowohl mit der SPD als auch mit der CDU von gegenseitiger Wertschätzung geprägt. Der GRÜNE Ortsverband entschied, die seit dem Jahr 2004 gelebte und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der CDU fortzusetzen.

In geheimer Abstimmung wurde unsere Spitzenkandidatin Barbara Blotenberg in der konstituierenden Sitzung der Bezirksvertretung zur ersten GRÜNEN Bezirksbürgermeisterin im Stadtbezirk Aplerbeck gewählt. Dabei erhielt sie 11 Stimmen – eine Stimme mehr als CDU und GRÜNE gemeinsam auf die Waage bringen.

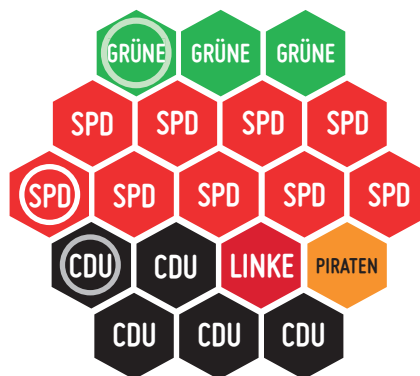
GRÜNER Fraktionssprecher bleibt Fritz Goersmeyer – das am längsten amtierende Mitglied der Bezirksvertretung (seit 1989). Als seine Stellvertreterin wurde Jutta Fuchs gewählt. Als BV-Neuling (mit Ratserfahrung) komplettiert Benjamin Beckmann

die GRÜNE Fraktion, die insgesamt mit geballter Kompetenz punkten kann.

Die wichtigsten Themen der Wahlperiode werden die Weiterentwicklung des Aplerbecker Schulstandorts und der Widerstand gegen den Dortmunder Flughafen sein. Wir wollen bestehende Angebote für Jugendliche verbessern sowie weitere schaffen und Jugendliche politisch beteiligen. Aplerbeck soll ein familienfreundlicher und barrierearmer Stadtbezirk werden, in dem man sich gut und sicher auch zu Fuß und mit dem Fahrrad bewegen kann. Wir wollen möglichst viele Freiflächen erhalten.

Benjamin Beckmann

BRACKEL



Wir sind mit dem Wahlergebnis von der letzten Kommunalwahl (14,6 Prozent) zufrieden und sehen darin eine Bestätigung unserer Arbeit. So konnten die GRÜNEN in Brackel entgegen dem schlechten Trend der GRÜNEN auf Bundesebene ihre Position halten und sind weiterhin mit drei Personen in der BV vertreten. Dank des guten Abschneidens konnte Claudia Plieth sogar aus der BV in den Rat wechseln. Neben Uli Begemann und Heide Kröger-Brenner ist Thomas Mitra neu in die BV eingezogen. Da Uli unverändert seit gut zehn Jahren zweiter stellvertretender Bezirksbürgermeister ist, hat Thomas die Funktion des Fraktionssprechers übernommen.

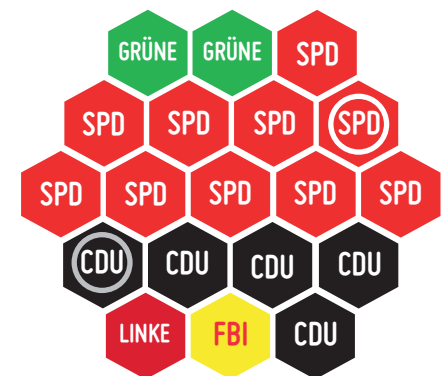
Zwischen den Parteien hat es keine Koalitionsverhandlungen gegeben. Die SPD als stärkste Partei in Brackel hat neun von 19 Mandaten. Alle anderen Parteien

haben keine Notwendigkeit für die Aufstellung eines alternativen Bezirksbürgermeisters gesehen, denn die Zusammenarbeit mit dem SPD-Bürgermeister Czierpka ist gut und auch der Umgang der BV-Mitglieder untereinander ist konstruktiv. Vor diesem Hintergrund empfinden wir es als vorteilhaft, dass wir keine Koalition haben, da wir dadurch mit allen frei reden können und Abstimmungen mit wechselnden Mehrheiten möglich sind.

Die wichtigsten Themen in unserem Bezirk sind die OW IIIa und der Flughafen. Wir setzen uns gegen die Verlängerung der OW IIIa (gegen CDU und SPD) und gegen den Ausbau des Flughafens in Wickede (mit lokaler CDU und SPD) ein. Der vielfach diskutierte Radschnellweg Ruhr wird von der GRÜNEN Fraktion und der Mehrheit der Brackeler BV begrüßt.

Thomas Mitra

EVING



Nach der Wahl für die Bezirksvertretung Eving sind wir mit 9,1 Prozent der Stimmen und zwei Sitzen als GRÜNE Fraktion wieder in der Bezirksvertretung präsent.

Geändert hat sich einiges: Nach Gisela Sichelschmidt (sie stieg nach 15 Jahren aus der aktiven BV-Arbeit aus) ist jetzt Christian Krause Fraktionsvorsitzender. Zweite Bezirksvertreterin für die GRÜNEN in Eving ist Mia Krause, mit damals 18 Jahren



jüngste Mandatsträgerin in Dortmund überhaupt.

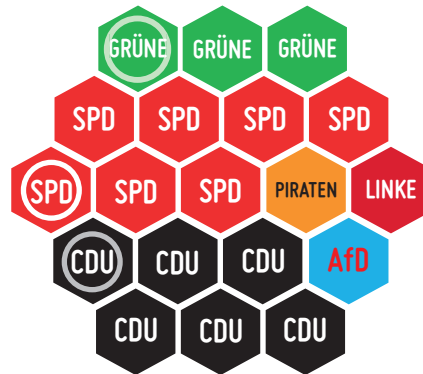
Erfreulich: Die NPD und die Rechte haben sich gegenseitig neutralisiert und sind beide nicht in die Evinger BV eingezogen. Mit zusammen 4,7 Prozent Stimmanteil gehört der Stadtbezirk Eving jedoch immer noch zu den Hochburgen der Rechtsextremen.

Weniger erfreulich: Die SPD hat mit zehn Sitzen erneut die absolute Mehrheit erreicht und kann ohne Beteiligung der anderen Fraktionen ihre Entscheidungen „durchziehen“. Man muss wohl feststellen, dass uns die Diskussion um die Stadtbezirksreform im Jahr 2011 gescha- det und der SPD zu einem nachhaltigen Stimmenzuwachs verholfen hat.

Mit diesem Wahlergebnis waren Koa- litionsverhandlungen von vornherein ausgeschlossen. Für uns bedeutet es, dass wir uns den Evinger Bürger*innen in den kommenden sechs Jahren vor allem als starke Opposition präsentieren. Hierzu streben wir auch eine Zusammen- arbeit mit den anderen Oppositionspartei- en an. Insbesondere mit der CDU haben wir bereits in der Vergangenheit vereinzelt gemeinsame Anträge eingebracht und wollen das auch zukünftig tun. Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Möglichkeiten begrenzt sind. Die SPD hat den alleinigen Zugriff auf die Haushaltsmittel und setzt dies auch durch. Trotzdem werden wir auch weiterhin unsere Ideen einbringen, notfalls wieder und wieder.

Christian Krause

HÖRDE



Wir Hörder GRÜNEN sind mit drei Sitzen in die Bezirksvertretung eingezogen und konnten das tolle Ergebnis vom letzten Mal (15,6 Prozent) mit 14,8 Prozent nicht ganz halten, aber stabilisieren. Die Verän- derungen: Linke, Piraten und AfD haben jetzt je einen Platz. Einen Sitz verloren hat die SPD, die CDU blieb bei sechs Sitzen. Ein letztes Wort zur FDP: Sie ist nun nicht mehr in der BV.

Was haben wir daraus gemacht? Die Schwäche der SPD wurde nur durch die Leichtgläubigkeit der CDU übertröf- fen. Man glaubte dort die Wahl schon gewonnen, nachdem der langjährige SPD- Bezirksbürgermeister Manfred Renno nicht mehr antrat. Theoretisch war eine neun- Stimmen-Koalition mit der CDU möglich, wenn man akzeptiert hätte, dass die AfD das Zünglein an der Waage spielt. Doch das kam für uns unter keinen Umständen in Betracht. Wir stehen als Partei für Welt- offenheit und Toleranz und wollen nicht mit Ausgrenzung und Rassismus koalieren.

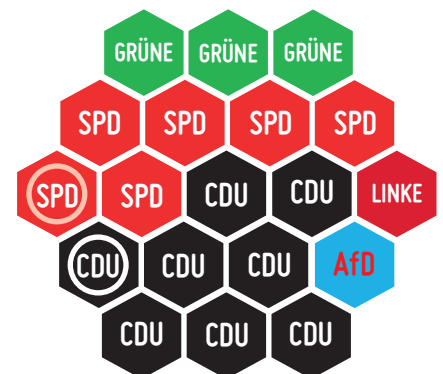
Aus der Erfahrung in der letzten Legislatur- periode heraus entschlossen wir uns dann, keine Koalition einzugehen. Vielmehr vereinbarten wir mit der SPD, bei der Wahl des Bezirksbürgermeisters den SPD-Kandi- daten Sascha Hillgeris zu wählen. Voraus- setzung war, dass der zweite Stellvertreter wieder von uns kommt (Klaus Tillmann). Zusätzlich vereinbarten wir einige Punkte, bei denen die SPD nun unsere Richtung konsequent unterstützen will (Flughafen,

die Positionierung zur Erstaufnahmein- richtung für Flüchtlinge in Hacheneay, die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Bürgerinnen und Bürger – Stichworte Immissionen, Schadstoffe und Lärm). In diesen Fragen war und ist die Hörder CDU weit entfernt von unseren Positionen.

Unser Parteiprogramm ist auch nach der Wahl für uns verbindlich – ein Baustein für Nachhaltigkeit. Wir haben uns nicht verbogen und fahren eine klare Linie als Opposition. Das ist für uns kein Makel, sondern ganz konkret das Zeichen der Glaubwürdigkeit.

Ute Goerke

HOMBRUCH



Verloren, aber doch gewonnen!

In Hombruch waren wir von 15,7 Prozent nur wenig enttäuscht: Nach der Wiederholungswahl 2012 konnten wir einen vierten Sitz in der BV bejubeln, aufgrund der Parteienvielfalt ging dieser nun wieder verloren. Dafür bekamen wir bereits am Tag nach der Wahl ein freundliches Gesprächsangebot seitens der CDU. Die bisherige „große Koopera- tion“ entpuppte sich in den vergangenen fünf Jahren als brüchiges Gebilde; zu oft wurde die SPD von ihren örtlichen Ratsvertretern gegängelt. Das bescherte uns als einziger Opposition manche Steilvorlage und führte bei der CDU zu mehr oder weniger offenem Ärger. Weil dann beide großen Parteien ihren

erfahrenen Bezirksbürgermeister aufs Schild heben wollten, konnten wir komfortabel verhandeln.

Die Sperrung der Ostenbergstraße war ein K.-o.-Kriterium – das Minimum eine versuchsweise Sperrung für sechs Monate. Weitere wichtige Punkte: Freiraumschutz und ein Fahrradkonzept für den Stadtbezirk. Eine GRÜNE (zweite) stv. Bezirksbürgermeisterin erschien uns nett, aber nicht unbedingt erforderlich, solange die beiden verrenteten, aber rüstigen Spitzenkandidaten der anderen ihre vielfältigen Aufgaben wahrnehmen können.

Mehrere Gespräche mit CDU und SPD führten letztlich zur Kooperationsvereinbarung mit der CDU. Ob ein Dreierbündnis aus SPD, Linken und GRÜNEN funktioniert hätte, bleibt nun offen: Die SPD wollte nicht ernsthaft über die Ostenbergstraße reden. Damit war der Weg frei für die Wiederwahl des CDU-Bezirksbürgermeisters mit elf von 19 Stimmen.

Der Hombrucher SPD-Fraktionsvorsitzende entpuppt sich als fairer Oppositionsführer. Nun gehen wir mit Volldampf in die Haushaltsberatungen 2015 und werden dort zahlreiche GRÜNE Akzente setzen. Denn auch wenn der Regierungspräsident in Hombruch wohnt: Keiner kann prognostizieren, wie lange die BV noch über eigene Mittel verfügen kann – bei diesem städtischen Etat kurz vor einer Haushaltssicherung.

Jürgen Brunsing

HUCKARDE



Die Wahl ging gut aus in Huckarde.

Prozentual gesehen hatten wir GRÜNE einen der geringsten Verluste, in absoluten Zahlen konnten wir 200 Stimmen dazu

gewinnen. Mit drei neuen und vor allem jungen Gesichtern kamen wir besonders bei der Jugend an.

Die SPD hatte die absolute Mehrheit in Huckarde diesmal verfehlt. Echte Koalitionsverhandlungen fanden in Huckarde dennoch nicht statt. Nur die Wahl des Bürgermeisters wurde vorher kurz „erörtert“ bzw. unter den Parteien abgestimmt. Nun will die SPD mit wechselnden Mehrheiten regieren und stellt den Bezirksbürgermeister. Die CDU unterstützt als „inoffizielle Juniorpartnerin“ die SPD in einer fast unsichtbaren großen Koalition in allen Belangen. Die kritische aber konstruktive Kernopposition sind nur wir GRÜNE.

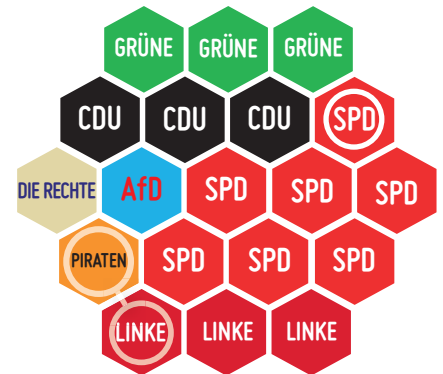
Das Thema Armut und Armutsbekämpfung ist bei den anderen Parteien noch nicht wirklich angekommen. Auch bezüglich des Parteibüros der „Rechten“ werden wir im Kampf gegen Rechtsextremismus unsere „Vorreiterrolle“ beibehalten und weiter ausbauen.

In den letzten zwei, drei Jahren konnten wir mehr junge Menschen für uns und unsere Politik in Huckarde gewinnen als manche große Partei überhaupt an jungen Potentialen hat. Dabei dürfen wir unsere Hauptthemen Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Freiheit niemals aus den Augen verlieren und nicht zu „oberlehrerhaft“ wirken.

Kräftig gegenhalten müssen wir beim Mandatsträger der „Rechten“; er fällt immer wieder mit negativem Verhalten auf. Rassismus und anderen Arten von Extremismus dürfen keinen Platz in Huckarde und Dortmund haben. Zudem müssen wir aufpassen, dass SPD und CDU nicht nur bestimmte Vereine, Projekte, Maßnahmen und Personen fördern, sondern dass es eine gleichberechtigte Vergabe von Mitteln gibt.

Kaan Eker

INNENSTADT-NORD



16,8 Prozent der Wähler*innen haben uns bei der Wahl ihr Vertrauen ausgesprochen. Damit stellen wir weiterhin die zweitstärkste Fraktion in der Nordstadt – und jetzt auch die jüngste.

Viele Akteur*innen bemühen sich in Verbänden, Vereinen, Parteien und privat seit Jahren um Integration und ein gutes gesellschaftliches Miteinander in der Nordstadt. Die stv. Bezirksbürgermeisterin Gerda Horitzky (CDU) stellte das mit ihren diffamierenden Kopftuch-Aussagen komplett in Frage. Wir forderten ihre Abwahl, die SPD und die Linke/Piraten-Fraktion unterstützten das. Dadurch hat sich in der BV einiges geändert: Die Koalition zwischen SPD und CDU ist faktisch aufgekündigt. Wir haben wechselnde Mehrheiten. Die größten Schnittmengen sehen wir mit der Linke/Piraten-Fraktion.

Wir wollen das Café Berta erhalten, denn in den letzten zwei Jahren hat sich die Situation um den Nordmarkt erheblich entspannt. Das ist auch der aufsuchenden Hilfe der Diakonie und der Werkstatt Passgenau zu verdanken.

Das Projekt „Soziales Zentrum Avanti“ tut der Nordstadt und ihren Strukturen gut. Es war beeindruckend zu erleben, wie die jungen Menschen innerhalb kurzer Zeit versuchten, die Albertus-Magnus-Kirche bewohnbar zu machen und dabei die Nachbarschaft in die Straße eingebunden haben. Zumal die Aktionen auch auf den erheblichen Leerstand aufmerksam machen.

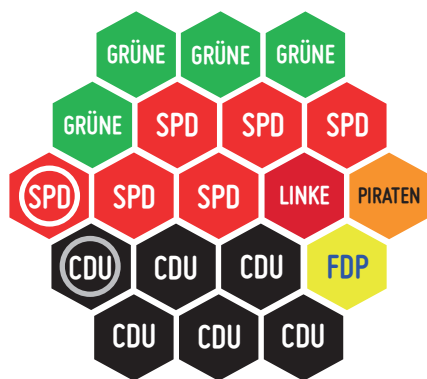
Was wir bis jetzt erreichten: Weiterführung des Quartiersmanagements, Förderung der Fahrradhäuschen, Förderung von Vereinen mit Migrationsarbeit.



Was noch ansteht: Bildungschancen für die Kinder fördern, Angsträume beseitigen durch bessere Beleuchtung an der Münsterstraße und Leopoldstraße, Jugendarbeit stärken, Künstler*innen-Initiativen unterstützen, Mehrgenerationenspielplatz im Fredenbaumpark einrichten, bei den Nordspangen-Plänen Klima und Umwelt beachten, die Nahversorgung sichern, einen Radweg von der Nordstadt zu der Uni ausweisen, Studentenszene unterstützen, ... Als Oppositionspartei werden wir weiterhin Druck machen.

Katja Bender

INNENSTADT-OST



20,4 Prozent sind ein starkes Ergebnis. Besonders gut sind die Ergebnisse im Saarlandstraßenviertel, wo wir GRÜNE in drei Stimmbezirken über 30 Prozent der abgegebenen Stimmen erzielen konnten, zweitstärkste Partei sind und uns in dem wichtigen Thema der Einrichtung von Anwohner*innenparkzonen bestätigt sehen. Auch in der neuen Wahlperiode haben wir vier GRÜNE Bezirksvertreter*innen: Fraktionssprecherin Christiane Gruyters, Marianne Gurowietz, Oliver Stieglitz und Sigrun Katscher. Insgesamt gibt die Sitzverteilung in der Bezirksvertretung uns die Möglichkeit, die politische Kooperation mit der SPD fortzusetzen.

Die Kinder- und Jugendpolitik im Stadtbezirk bleibt weiterhin ein Schwerpunkt rot-GRÜNER Zusammenarbeit. Bei der Verwendung der Haushaltsmittel der Bezirksvertretung behält dieser Bereich oberste Priorität, ohne die Förderung der Senior*innenarbeit zu vernachlässigen. Für junge Familien soll ein Wohn- und Lebensumfeld geschaffen werden, das es ihnen ermöglicht, gern in Innenstadt-Ost zu leben. Der Erhalt von Grünflächen und Bäumen ist dabei von großer Bedeutung.

Wir wollen in Innenstadt-Ost außerdem umgehend Maßnahmen ergreifen, um die Lärm- und Schadstoffbelastungen der Bewohner*innen weiter zu reduzieren. Deshalb fordern GRÜNE und SPD die Durchsetzung eines ganztägigen Durchfahrverbots für Lkw auf der B1. Das sieht die SPD im Rat bekanntlich leider anders. Außerdem wollen wir den umweltfreundlichen Radverkehr weiter fördern. Daneben müssen die Haltestellen von Bus und Bahn möglichst bald barrierefrei werden – damit immer mehr Menschen auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen.

Zu einem lebenswerten Stadtteil gehören auch Toleranz und Vielfalt – deshalb unterstützen wir weiterhin alle Initiativen und Projekte im Kampf gegen rechts.

Ingrid Reuter

INNENSTADT-WEST



27,6 Prozent!

Wir sind mit dem Ergebnis sehr zufrieden – abgesehen von der Wiederholungswahl 2012 ist das unser bestes.

Mit der CDU hatten wir in den letzten Jahren eine Mehrheit und konnten erstmalig einen GRÜNEN Bezirksbürgermeister in Dortmund stellen. Doch 9 von 19 Sitzen sind keine sichere Mehrheit. Anders mit der SPD: 11 von 19 Sitzen. So verliefen die Verhandlungen spannend und mit lebhaften Diskussionen innerhalb des OV. Letztlich entschieden wir uns für die SPD. Obwohl wir der kleinere Partner sind, stellen wir für weitere drei Jahre den Bezirksbürgermeister: Friedrich Fuß. Nach drei Jahren wird Ralf Stolze von der SPD übernehmen. Den Fraktionsvorsitz haben Ulrich Fibitz und Astrid Cramer.

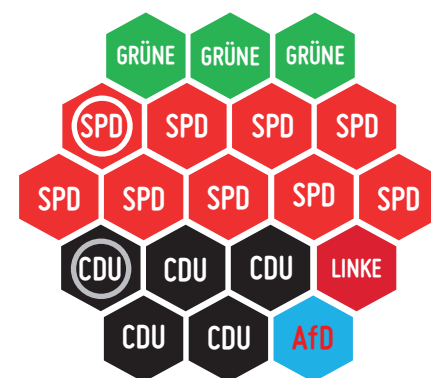
Viele GRÜNE Inhalte stehen im Koalitionsvertrag: Wir können die kreative Szene des Quartiers unterstützen und Politik für Kinder- und Jugendliche betreiben, beispielsweise für eine angemessene Ausstattung der Schulen oder den weiteren Ausbau der Kitas. Auch die städtische Jugendarbeit mit der Aufklärung über und das Engagement gegen Rechts werden wir so weiter aktiv fördern.

Verkehrspolitisch vertreten wir Fußgänger*innen und Radfahrer*innen vor dem Individualverkehr – und auch davon profitieren Kinder und Jugendliche: Spielstraßen, beleuchtete Radwege usw. Obwohl wir GRÜNE Straßenneubau eigentlich ablehnen, freuen wir uns über die NS IX: Denn so können wir auch in Dorstfeld verstärkt unsere Verkehrspolitik realisieren: Im Gespräch sind hier Tempo-30-Zonen, z. B. Wittener Straße und Vogelpothsweg. Gleichzeitig setzen wir uns für einen Radweg entlang der Rheinischen Straße ein, der Dorstfeld und die Innenstadt dann besser verbindet.

Unser sehr heterogenes und diskussionsfreudiges BV-Team freut sich auf eine spannende Amtszeit mit diesen und vielen weiteren Themen.

Andrea Berlin

LÜTGENDORTMUND



Wie bewertet ihr das Wahlergebnis?

Wir haben nach einem intensiven Wahlkampf unsere drei BV-Mandate halten können und sind sehr erfreut, dass wir uns mit keinem „rechten“ BV-ler rumärgern müssen. Angesichts des allgemeinen Dortmunder Wahlergebnisses können wir unser Ergebnis durchaus positiv bewerten.

Wie entwickelten sich die Verhandlungen zwischen den Parteien?

Es gab keinerlei Koalitionsgespräche. Die SPD setzt auf rot-pur – doch wie sich jetzt herauskristallisiert: mit vielen Absprachen mit der CDU. Da weder der linke BV-ler noch der AfD-BV-ler Fraktionsstatus haben, stellen wir drei nun die Opposition in Lüdo dar.

Welche Perspektiven und Aufgaben ergeben sich daraus für euch?

Wir planen, in den nächsten sechs Jahren Opposition kontinuierlich unsere Arbeit fortzusetzen und dabei möglichst viele Bürger*innen anzusprechen und zu überzeugen.

Welche GRÜNEN Chancen eröffnen sich nun? Wo müsst ihr kräftig gegenhalten?

Angesichts der Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels in Verbindung mit dem maroden Dortmunder Kanalnetz kommen immer mehr Bürger*innen über kommunalpolitische Themen und Entscheidungen ins Grübeln, da sie unmittelbar (und teilweise finanziell erheblich) betroffen sind. Dass SPD und CDU hier umdenken, ist wohl nicht zu erwarten. Dies wollen wir in Zukunft den Bürger*innen deutlich machen.

Frank Meyer

MENGEDE



Die GRÜNEN in Mengede haben ihr Ziel erneut erreicht, mit drei Fraktionsmitgliedern in die BV einzuziehen zu können. Mit Isabella Knappmann, Jürgen Utecht und Axel Kunstmann stellen sich langjährig lokalpolitisch Aktive und ehrenamtliche Akteur*innen den vielfältigen Aufgaben im Stadtbezirk.

Sehr enttäuschend ist der Einzug der Rechten in die BV, da im Wahlkampf massiv gegen deren Parolen Kampagne geführt worden war. Dies begründet heute eine gemeinsame Zusammenarbeit aller demo-

kratischen Parteien in Mengede. Nach den Erfahrungen aus der langen Zusammenarbeit mit der SPD hat sich die GRÜNE Fraktion für eine eigenständige, sachbezogene, GRÜNE Politik vor Ort entschieden. Statt zu koalieren wollen wir lieber inhaltlich zusammenarbeiten und die Entscheidungen interfraktionell finden. Dies hatten wir in haushalts-, umwelt- und wohnungspolitischen Fragen auch in den letzten Jahren schon erfolgreich praktiziert.

Erneut steht der Stadtbezirk Mengede vor großen Herausforderungen:

- Hinsichtlich der Abschaltung des Kraftwerks Knepper Ende 2014 setzen sich die GRÜNEN für eine nachhaltige, umweltverträgliche und anwohnerfreundliche gewerbliche Nutzung der Industriebrache ein.
- Der Container-Terminal in Huckarde bringt den Mengeder Bürger*innen zusätzliche Belastungen durch den LKW-Verkehr. Die GRÜNEN setzen sich deshalb für eine Studie zur verkehrlichen Gesamtbelastung Mengedes ein und fordern die Aufnahme in die ruhrgebietsweite Umweltzone.
- Das integrierte Stadterneuerungskonzept in Westerfild/Bodelschwingh muss in den nächsten zehn Jahren kontinuierlich und intensiv begleitet werden.
- Das Jahrhundertprojekt der Emscherrenaturierung und die damit einhergehenden lokalen Veränderungsprozesse bleiben als Daueraufgabe erhalten.

Isabella Knappmann

SCHARNHORST



Schon das dritte Mal in Folge haben wir zwei Sitze in der Bezirksvertretung gewonnen. Dies ist deshalb so erfreulich, da es vor der Kommunalwahl 2006 immer nur zu einem Sitz gereicht

hatte. Wir sehen dies als Bestätigung unserer politischen Arbeit in Scharnhorst.

Einige Veränderungen in unserem Stadtteilparlament haben uns gefreut, andere haben uns Bauchschmerzen bereitet. Dass die Partei Die Rechte mit einem Sitz in die BV einzog, bedauern wir seitdem. Bei unseren Gesprächen nach der Wahl ging es deshalb mit den anderen Fraktionen früh über das demokratische Zusammenwirken, um unseren Stadtbezirk vor nicht-demokratischer, rechter Meinungsbildung zu schützen.

Die SPD verfügt über zehn Sitze und hat die absolute Mehrheit in der Bezirksvertretung. Konkrete Kooperationen wurden deshalb nach der Wahl nicht geschlossen. Dennoch arbeiten wir, wenn es in der Sache angemessen ist, mit der SPD zusammen. So konnten wir in der Sitzung vom 4. November 2014 einen Antrag durchsetzen, der mehr als 25 Jahre auf seine Zustimmung gewartet hat:

Im Jahre 1989 forderte die Bürgerinitiative zur Verkehrsberuhigung der Straße Im Karrenberg die Sperrung der Straße für den Lkw-Verkehr. Nach mehreren Prüfaufträgen von den GRÜNEN und der SPD hatte die Verwaltung ein Lkw-Nachfahrverbot angeordnet. Nach einigen Jahren stellten wir fest, dass ein Nachfahrverbot gegen Lärm und Schmutz nicht ausreichend schützt. Nach weiteren Prüfanträgen und persönlichen Besprechungen mit der Verwaltung wurde unser Anliegen aber abgewiesen.

Mit dem vorliegenden neuen Lkw-Routenplan der Stadt Dortmund konnten wir die SPD in der Bezirksvertretung Scharnhorst überzeugen, die Straße gantztägig für den Lkw-Schwerlastverkehr (ab 7,5 Tonnen) zu sperren. Dass dies in einem einstimmigen Votum der Bezirksvertretung mündete, freut uns umso mehr.

Raphael Frebel

Bezirksbürgermeister/in
Stellvertretende/r Bezirksbürgermeister/in





MIT TEMPERAMENT UND GRÜNEN ZIELEN AN DIE STADTBEZIRKS-SPITZE

SIEBEN FRAGEN AN UNSERE BEZIRKSBÜRGERMEISTER*INNEN

Barbara Blotenberg ist Bezirksbürgermeisterin in Aplerbeck – nach 13 Jahren Arbeit in der BV und weiteren sieben Jahren im Rat führt sie nun eine Koalition aus CDU und GRÜNEN. Friedrich Fuß wurde schon 2009 Bezirksbürgermeister der Innenstadt-West, damals in einer Koalition mit der CDU. Jetzt regiert er weiter, jedoch mit der SPD. Nach drei Jahren, so wurde vereinbart, wird er das Amt an den größeren Koalitionspartner weiterreichen.

Ihr hättet verschiedene Koalitionen eingehen können und ihr wart auch Wunschpartner der jeweils anderen – was gab schließlich den Ausschlag?

Barbara: Im Stadtbezirk Aplerbeck gibt es bereits seit über 15 Jahren eine Zusammenarbeit mit der Fraktion der CDU, die von Vertrauen und dem gemeinsamen Willen für die Bürgerinnen und Bürger geprägt ist. Dabei verlieren wir GRÜNE Ziele jedoch nie aus den Augen. Wir haben nach der Wahl Gespräche mit SPD und CDU geführt. Aber die bisherige Zusammenarbeit bietet uns die besten Chancen, unsere Politik fortzusetzen.

Friedrich: Bei uns gab die inhaltliche Nähe zur SPD den Ausschlag. Außerdem hatten wir nach der Wahl mit der CDU keine eigene Mehrheit mehr, wir wären immer auf eine Stimme aus einer dritten Partei angewiesen gewesen.

Und wie überzeugt man den größeren Koalitionspartner, das Bürgermeister*innen-Amt den GRÜNEN zu überlassen?

Friedrich: Der Dissens mit der CDU war nicht unüberbrückbar. In einer Koalition mit ihr wären wir die stärkere Fraktion gewesen – und hätten sechs Jahre den Bezirksbürgermeister gestellt. Da war es logisch, zumindest in der halben Zeit der Bezirksvertretung vorzustehen.

Barbara: Wir haben die inhaltlichen Übereinstimmungen „abgeklopft“. Politik ist auch oder gerade auf Stadtbezirksebene eine sehr persönliche Sache. Die Bezirksvertretung Aplerbeck hat sich auch unter einem CDU-Bürgermeister mehr um das Erreichen von Politikzielen als um das strikte Schauen auf

Parteizugehörigkeiten bemüht. Natürlich habe ich als GRÜNE meine eigenen Prämissen, schaue aber ebenfalls aufs funktionierende Ganze. Das war dem Koalitionspartner bekannt.

Der Kämmerer streicht den Bezirksvertretungen massiv das Geld zusammen – könnt ihr trotzdem noch etwas gestalten?

Barbara: Bei uns sind die ehrenamtlich Tätigen die tragenden Säulen in den einzelnen Ortsteilen. Den Kontakt mit den „Machern“ habe ich immer gesucht; so kann man einiges möglich machen, was die finanzielle Situation sonst verbieten würde. Trotzdem wird jetzt manches politische Ziel schwieriger erreichbar.

Dieses Ehrenamt braucht viel Zeit. Wie schafft ihr das?

Barbara: Ohne gute Organisation geht nichts. Es gibt Mengen von Anrufen, Einladungen, Informationen, die ich bearbeiten und einordnen muss. Generell habe ich schon täglich mit Aufgaben meines Amtes zu tun; viele Termine finden gegen Abend oder auch am Wochenende statt. Derzeit versuche ich, viele Kontakte neu zu knüpfen oder zu intensivieren. Trotzdem hat auch eine Bezirksbürgermeisterin mal Freizeit!

Friedrich: Wer Politik macht und sein Lebensumfeld aktiv gestalten will, verbraucht immer Zeit. Ich habe seit 1982 keinen Fernseher. So habe ich viel Zeit, die ich neben meinem Studium (ich mache gerade den Master in Politikwissenschaft und Philosophie) der Politik widme.

Mal konkret: Beim Einkaufen samstags im Supermarkt – geht das mal so eben?

Barbara: Ich gehe lieber in der Woche einkaufen. Aber klar, ich werde angesprochen und finde das eigentlich auch gut, solange man sachlich miteinander spricht. Immerhin gibt es ja noch genug Bürgerinnen und Bürger, die mit „Bezirksvertretung“ oder „Bezirksbürgermeisterin“ nichts anfangen können. Wenn die also sehen, dass ich die ganz normale Nachbarin bin, ist das doch wunderbar!

Friedrich: Samstags morgens ist selten Politik, da kann ich mir zum Einkaufen hinreichend Zeit nehmen. Danach gehe ich immer zu einem befreundeten Italiener und gönne mir dort die Zeitung und einen Cappuccino.

Bei euch war die CDU ein brauchbarer Koalitionspartner – was fehlt ihr im Rat?

Friedrich: Was der CDU und den GRÜNEN auf Stadtebene so alles fehlt, sollten RatsCDU und RatsGRÜNE beantworten.

Barbara: Ich denke, da müssen auf beiden Seiten Vorurteile abgebaut werden.

Friedrich: Es war nicht immer leicht mit der CDU, aber das erwartet man ja auch nicht. Auf der Stadtebene gibt es wohl mehr Dissens-Themen, kann ich mir vorstellen.

Und noch mehr GRÜNE Bürgermeister*innen in Dortmund – wär' das möglich?

Friedrich: Ja. Unbedingt. Ok, das war jetzt ein Wunschtraum. Wir müssen viel tun, um die Bezirksvertretungen zu stärken. Wir müssen Politik machen, die in der Wahlbevölkerung freudig akzeptiert wird. Das ist bei guter GRÜNER Politik nicht immer leicht. Eine Autofahrerpartei hat es viel leichter als eine Partei, die kritisch auf den Autoverkehr schaut.

Barbara: Als Bezirksbürgermeisterin muss ich erst einmal zuhören können, ausgleichen und vermitteln. Zur Zeit putze ich besonders bei Firmen die Klinke, denn mir schlägt viel Misstrauen gegen GRÜNE Arbeits- und Wirtschaftspolitik entgegen. Auf der anderen Seite haben wir selbst beim Flughafen, bei Baugebieten und ökologischen Fragen in der BV einstimmige Beschlüsse. Die Begründungen sind manchmal unterschiedlich, doch das Ziel ist identisch! Wenn man das beherzigt, dann kann es gut noch mehr GRÜNE Bezirksbürgermeister*innen geben.



BDK IN HAMBURG WAS AUSSER FREIHEIT SONST NOCH GESCHAH

Vom 21. bis zum 23. November trafen wir uns in Hamburg zur Bundesdelegiertenkonferenz. Im Fokus stand das Programm für die nächsten Jahre. Beschlüsse zum Freiheitsbegriff (mehr dazu auf den Mitteilungsseiten), zur Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik, zur Klimapolitik und der europäischen Friedensordnung schärfte das GRÜNE Profil. Nicht zuletzt präsentierte der Bundesvorstand die Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Pädophilie-Debatte.

Gute Ernährung ist kein Luxus

Den ersten großen Akzent setzte Anton Hofreiter beim Thema Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik. Sehr engagiert erklärte der Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion den Kampf gegen die Agrarlobby zum Hauptanliegen der GRÜNEN. „Die Agrarwende hat dieselbe ökologische Bedeutung wie die Energiewende“. Wie schon der erfolgreiche Kampf gegen Atomkraft und die Energielobby wird auch dies die GRÜNEN wesentlich prägen. Wir GRÜNE setzen bei den Produzent*innen und nicht bei den Verbraucher*innen an. Also: Kein Veggie-Day, sondern artgerechte Tierhaltung und biologischer Anbau!

Vandana Shiva schlug den Bogen zur nachhaltigen Entwicklungspolitik und

biologischen Vielfalt. Die mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnete Aktivistin übte deutliche Kritik an multinationalen Konzernen wie Monsanto als Verursacher von Hunger und ungleicher Verteilung der Ressourcen. In ihrer Rede positionierte sie sich deutlich gegen diese Konzerne, gegen genmanipulierte Lebensmittel, Patente auf Pflanzen und das Konsumverhalten in der reichen, westlichen Welt.

Schwarz-rote Linie überschritten?

Wilfried Kretschmann erklärte das Verhalten Baden-Württembergs in der Asylentscheidung im Bundesrat. Der GRÜNE Ministerpräsident warb um Verständnis für seine Entscheidung für den schwarz-roten Asylkompromiss. Sicher sei er sich bewusst, dass die Entscheidung nicht perfekt sei. Doch er verwies auf die Machtverhältnisse in Baden-Württemberg. Sein Hauptargument: „Wer von anderen Kompromisse fordert, muss auch bereit sein, selber Kompromisse einzugehen.“

Kretschmann erhielt zwar Unterstützung, wurde aber auch deutlich für sein Stimmverhalten kritisiert – wie auch schon im Vorfeld der BDK. Für viele war sein Verhalten gleichbedeutend mit der Preisgabe eines GRÜNEN Grundsatzes.

Pädophilie-Forschung

Ein Vertreter der Opferverbände stellte die Ergebnisse der Aufarbeitung der pädophilen Strömungen der GRÜNEN in den 80er Jahren vor. Sein Hauptfazit: Zwar haben alle Parteien die Anträge im Bundestag zur Legalisierung freiwilliger sexueller Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen im Deckmantel einer sexueller Freiheitsdebatte unkritisch mitgetragen – aber die GRÜNEN waren zentraler Wegbereiter für diese Anträge.

Waffenlieferungen

Zum Abschluss der BDK am Sonntag stand die europäische Friedensdebatte auf der Agenda. Waffenlieferungen in Krisenregionen, das EU-Assoziationsabkommen mit der Ukraine, deutsche Auslandseinsätze und Wirtschaftssanktionen für Russland – das alles wurde sehr intensiv diskutiert. Zu den Waffenlieferungen fand sich auch nach schriftlicher Abstimmung kein klares Votum: 313 ja, 299 nein, 24 Enthaltung. Dieses Ergebnis steht nun im Parteiprogramm – und die Diskussion läuft weiter.

Viele GRÜNE Grüße,

eure BDK-Delegierten
Katja, Gerard, Matthias und Wolfram

Freut euch über ein wenig Promo in der Grindo :-)

TON STEINE SCHERBEN DING DANG DANG TOUR 2015

Ein großes Stück Musikgeschichte kommt ins FZW – Ton Steine Scherben seit langem wieder in 1985er Originalbesetzung live auf der Bühne.

Kaum meldeten die ersten Medien, dass die Ton Steine Scherben zum ersten Mal seit ihrer Auflösung wieder als Ton Steine Scherben auf Tour gehen werden, erklangen sie erneut: die Hohelieder auf die Bedeutung der Band für die deutsche Popkultur, auf die Zeitlosigkeit ihrer Songs und auf den steten Quell der Inspiration, der sie für viele jüngere Musiker sind. Stimmt ja auch alles. Nur würden die Scherben das selbst nie zugeben. Warum? „Das ist uns zuwider“, so Gitarrist R.P.S. Lanrue. „Könnte man ja vielleicht sogar machen, wenn man sich selbst

so wichtig nähme, aber das sind doch nicht die Scherben.“ So ist es. Und natürlich wird es nicht möglich sein, die Ton Steine Scherben so auf die Bühne zu bekommen, wie sie sich 1985 von ihr verabschiedet haben. Aber die „Ding Ding Dang“-Tour kommt dem vielleicht am Nächsten, was ein Scherben-Konzert sein konnte: ein Happening, ein gemeinsames Musik leben, ein Zusammenkommen von Freunden und gerne auch Feinden. Deshalb ist es nur logisch, dass diese Tour unter dem Namen Ton Steine Scherben stattfinden wird. Am 18.01.2015 treten die Scherben im FZW (Ritterstr. 20) auf. Eintrittskarten sind an jeder bekannten VVK-Stelle, oder direkt auf der Internet-Seite der Band zu haben.

Aufnahmeantrag

Ja! Ich will Mitglied in der Partei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden.

Vorname _____ Name _____

Straße _____ Nr. _____

PLZ _____ Ort _____

Telefon _____ Mobil _____

E-Mail _____ Fax _____

Geburtstag _____ Geschlecht _____

Staatsangehörigkeit _____ Beruf _____

Ich zahle einen Monatsbeitrag in Höhe von _____ EUR*
Die Beitragszahlungen erfolgen jeweils im Voraus

Ich bin damit einverstanden, Einladungen und Infos
vornehmlich per E-mail statt per Post zu erhalten.
Das spart Zeit und Geld (bitte ankreuzen):

Ja Nein

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezo-
genen Daten gespeichert/verarbeitet werden. Die Nutzung
erfolgt ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke der Partei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie z.B. Beitragserhebung oder
Versand von Informationsmaterial. Andere Gebietsverbände
der Partei können zur Erfüllung der Zwecke Zugriff auf die
Daten erhalten. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der
Partei z.B. zu Werbezwecken findet nicht statt. Ich bin nicht
Mitglied einer anderen Partei.

Ort/Datum:

Unterschrift:

Einzugsermächtigung

mittels Lastschrift

Der Beitrag wird per Lastschrift eingezogen. Wir bitten um
Erteilung einer Einzugsermächtigung, die natürlich jederzeit
widerrufen werden kann.

Hiermit ermächtige ich

Vorname _____ Name _____

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich mittels Lastschrift
den Mitgliedsbeitrag

monatlich vierteljährlich jährlich

einzuziehen. Der Betrag geht zu Lasten meines Kontos,

IBAN _____

BIC _____

Ort/Datum _____ Unterschrift _____

* Der Mitgliedsbeitrag ist ein wichtiges Fundament zur Finanzie-
rung unabhängiger Grüner Politik und guter Serviceangebote für
Mitglieder. Er beträgt in der Regel 1 % des mtl. Nettoeinkommens
für Menschen mit steuerpflichtigem Einkommen.
Beiträge sind übrigens steuerabzugsfähig: Eine Beitragsquittung
(auch über Spenden) versendet die Partei automatisch jeweils am
Anfang des Folgejahres. Auch Mitglieder ohne steuerpflichtiges Ein-
kommen werden gebeten, mindestens 5 EUR im Monat zu zahlen.
Eine Ermäßigung bzw. Erhöhung des Beitrags kann jederzeit beim
örtlichen Kreis-/Ortsverband beantragt bzw. abgesprochen werden.

Vom Kreisverband auszufüllende Angaben:

Die oben benannte Person wurde am _____
im Kreisverband _____
Ortsverband _____
als Mitglied in der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufge-
nommen. Die Mitglieds-Nummer lautet _____
Eine Bestätigung an das neue Mitglied erfolgte am _____

Ort/Datum/Unterschrift des Kreis-/Ortsvorstandes



Alle GRINDO-Leser*innen haben die Möglich-
keit, dreimal 2 Karten für das Konzert zu gewin-
nen. Schreibt einfach eine Mail an gewinner@fzw.de (oder info@gruene-dortmund.de) mit
dem Betreff „Scherben“.

Sonntag, 18.01.2014

TON STEINE SCHERBEN
DING DING DANG DANG TOUR 2015

FZW, Ritterstr. 20, 44137 Dortmund
Einlass: 19.00 Uhr / Beginn: 20.00 Uhr
Eintritt: VVK: 25,00 EUR zzgl. Gebühren
Website: www.tonsteinescherben.org/

FRAGEN? ANREGUNGEN? LUST POLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund · Tel.: 0231/12 11 71 · Fax.: 0231/12 11 64

E-Mail: info@gruene-dortmund.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

Öffnungszeiten: montags von 11.00 bis 15.00 Uhr
donnerstags von 11.00 bis 19.00 Uhr

Kreisgeschäftsführerin: Martina Müller

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund · Tel.: 0231/50 220 78 · Fax.: 0231/50 220 94

E-Mail: fraktion@gruene-do.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

Ansprechpartner*innen im Büro:

Sabine Pezely Fachbereiche Ökologie, Stadtplanung, Wirtschaft und Kultur

Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Schule, Kinder und Jugend

Manuela Meyer Büromanagement

GRÜNE Jugend Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund

E-Mail: info@gjdo.de · Internet: www.gjdo.de

TERMINE

Sonntag 1. FEBRUAR • 11.00 Uhr -> NEUJAHRSEMPFANG
im Kreisverbandsbüro Königswall 8

Wir freuen uns auf die politische Rede der Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, Barbara Steffens.

IMPRESSUM: GRinDo ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund • Königswall 8 • 44137 Dortmund (Herausgeber)
Tel. 0231 - 12 11 71 • info@gruene-dortmund.de

V. I. S. D. P.: Hilke Schwingeler (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

FOTOS: Gerd Schmedes (Titel, 3, 7,20), GRÜNE Dortmund (2, 17a/b, 18), Etta Gerdes (4/5),
sto.E/photocase.de (5 mitte rechts), Maximilian Koenig (19)

REDAKTION: Jens Woelki

LAYOUT, GRAFIK & TITEL : Gerd Schmedes -> gabak artistic advice

DRUCK: Brasse & Nolte, Dortmund, Dezember 2014

AUFLAGE: 1.000 Exemplare • Die Abgabe ist kostenfrei.

